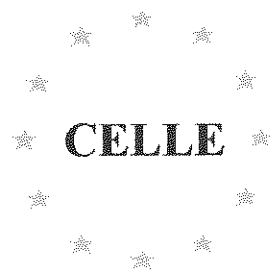


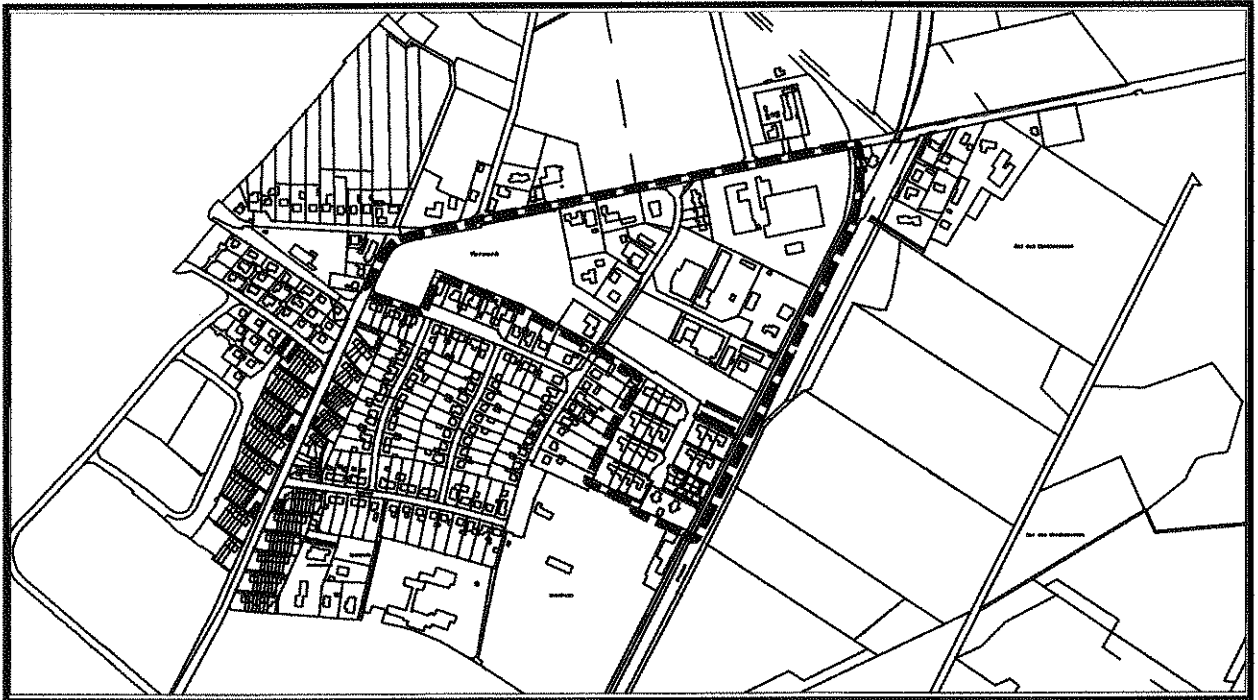
Stadt Celle



Bebauungsplan Nr. 19
1. Änderung (Neufassung)

„Gewerbegebiet Vorwerk/Nord“

zur **PLANURKUNDE** gehörig
Stadtbauplanung / Stadtplanung



Übersicht M 1: 10.000

Kartengrundlage: DGK, Vervielfältigungserlaubnis erteilt durch das Katasteramt Celle

Stadt Celle - Der Oberstadtdirektor -
Amt für Stadtplanung, Geodaten und
Bauaufsicht - Abt. Stadtplanung -

Satzung
September 2002

INHALT

| | |
|--|----|
| 1. <u>Geltungsbereich</u> | 3 |
| 2. <u>Rechtsgrundlagen</u> | 3 |
| 3. <u>Verfahren</u> | 3 |
| 4. <u>Lage des Plangebietes</u> | 4 |
| 5. <u>Raumordnung und Landesplanung</u> | 4 |
| 6. <u>Inhalt des Flächennutzungsplanes</u> | 5 |
| 7. <u>Angaben zum Bestand</u> | 5 |
| 8. <u>Anlass und Ziel der Planung</u> | 5 |
| 9. <u>Eingriff in Natur und Landschaft</u> | 6 |
| 10. <u>Planinhalt</u> | 6 |
| 11. <u>Altlasten</u> | 8 |
| 12. <u>Erschließung</u> | 9 |
| 13. <u>Städtebauliche Werte</u> | 9 |
| 14. <u>Hinweise</u> | 10 |

1. Geltungsbereich

Das Plangebiet liegt am nordöstlichen Rand des Ortsteils Vorwerk, zwischen der Kreisstraße 78 („Garßener Weg“), der Bahntrasse der Osthannoverschen Eisenbahn, der Sportanlage und der Wohnbebauung am „Reuterweg“.

2. Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB)
 Baunutzungsverordnung (BauNVO)
 Planzeichenverordnung (PlanzV 90)
 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)
 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)
 Niedersächsisches Naturschutzgesetz (NNatG)

3. Verfahren

Der Rat der Stadt Celle hat in seiner Sitzung am 17.07.1997 die Einleitung des Verfahrens zur 1. Änderung (Neufassung) des Bebauungsplanes Nr. 19 der Stadt Celle „Gewerbegebiet Vorwerk/Nord“ gem. § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Der Entwurf der 1. Änderung (Neufassung) des Bebauungsplanes Nr. 19 „Gewerbegebiet Vorwerk/Nord“ wurde ausgearbeitet im Amt für Stadtplanung, Geodaten und Bauaufsicht.

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Celle hat in seiner Sitzung am 11.06.2002 dem Entwurf zur 1. Änderung (Neufassung) des Bebauungsplanes Nr. 19 „Gewerbegebiet Vorwerk/Nord“ und der dazugehörigen Begründung zugestimmt und deren öffentliche Auslegung beschlossen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 20.06.02 ortsüblich bekanntgemacht.

Der Entwurf zur 1. Änderung (Neufassung) des Bebauungsplanes Nr. 19 „Gewerbegebiet Vorwerk/Nord“ und die dazugehörige Begründung haben in der Zeit vom 28.06.2002 bis 29.07.02 gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Der Rat der Stadt Celle hat in seiner Sitzung am 19.09.2002 die 1. Änderung (Neufassung) des Bebauungsplanes Nr. 19 „Gewerbegebiet Vorwerk/Nord“ nach Prüfung der Anregungen nach § 3 Abs. 2 BauGB als Satzung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB sowie die dazugehörige Begründung beschlossen.

...

4. Lage des Plangebietes

Vorwerk liegt ca. 4,0 km nordwestlich des Stadtzentrums von Celle entfernt. Der Ortsteil wird über die Kreisstraße 78 an die Bundesstraße 191 Richtung Lüneburg und die Kreisstraße 28 an die Bundesstraße 3 Richtung Hamburg bzw. Hannover angebunden.

Vorwerk hat derzeit ca 2.900 Einwohner, die Stadt Celle insgesamt ca. 72.000.

Das Plangebiet liegt am nordwestlichen Rand des Ortsteils und stellt den letzten baulich genutzten Bereich dar. Die westlich des Plangebiets verlaufende Bahntrasse bildet die Grenze zur Nachbarortschaft Garßen.

5. Raumordnung und Landesplanung

Die große selbständige Stadt Celle liegt gemäß Landes-Raumordnungsprogramm '94 im Ordnungsraum Hannover. In Ordnungsräumen sind vorrangig solche Entwicklungsmaßnahmen durchzuführen,

- die insbesondere dem wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandel gerecht werden,
- die der Erhaltung des bestehenden Angebots an Arbeitsplätzen dienen
- die zur Sicherung und Entwicklung der Aufgaben beitragen, die über den Ordnungsraum hinaus eine wesentliche Bedeutung für die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen sowie für die Arbeitsstätten haben,
- und die die Umweltbedingungen durch die Entflechtung sich gegenseitig störender Nutzungen verbessern.

Im Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) wird die Stadt Celle als Mittelzentrum mit teilweise oberzentralen Aufgaben eingestuft und mit dem Schwerpunkt für die vorrangige Sicherung und Entwicklung von Arbeits- und Wohnstätten bestimmt.

Auch im Erläuterungsbericht des v. g. Raumordnungsprogramms wird u. a. auf Seite 25 gefordert: „Ausreichende quantitative und qualitative Erwerbsmöglichkeiten der erwerbsfähigen Bevölkerung sind die Grundlage für die Wirtschaftsstruktur, die für die weitere Entwicklung des Planungsraumes und die Sicherung/Erreichung gleichwertiger Lebensbedingungen von ausschlaggebender Bedeutung ist. ... Wenn die erwerbstätige Bevölkerung in diesem Raum gehalten werden und außerdem der bestehende Arbeitslosenstand weiter gesenkt werden soll, dann müssen entsprechende Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden.

Dabei zeigt die Entwicklung, dass es gerade Klein- und Mittelbetriebe sind, durch die der Arbeitsmarkt belebt werden kann. Ihr Verbleib oder ihre Neuansiedlung ist deshalb durch geeignete Maßnahmen und Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen zu unterstützen und zu fördern.“

Um diesen Zielen gerecht zu werden, muss auch im Bereich des Stadtgebietes für die Bereitstellung und Sicherung entsprechender Flächen für Gewerbe gesorgt werden.

...

6. Inhalt des Flächennutzungsplanes

Der wirksame Flächennutzungsplan stellt für den Großteil des Plangebietes gewerbliche Baufläche (G) und für den restlichen Bereich Grünfläche und Wohnbaufläche (W) dar.

Die im Bebauungsplan vorgesehenen Festsetzungen entsprechen der Darstellung des Flächennutzungsplanes in Bezug auf die Grünfläche und die Wohnbaufläche, Abweichungen ergeben sich für den Bereich der gewerblichen Baufläche, aus der in der Änderung (Neufassung) des Bebauungsplanes teilweise Mischgebiet entwickelt wurde.

Allgemein gilt der Grundsatz, dass die Darstellungen des Flächennutzungsplanes im Rahmen des Entwickelns im Bebauungsplan konkreter ausgestaltet und damit zugleich verdeutlicht werden können. Das schließt Abweichungen von den Darstellungen nicht aus, unter der Voraussetzung, dass die Grundzüge des Flächennutzungsplanes unberührt bleiben. Auch Verschiebungen der Grenzen zwischen im Flächennutzungsplan dargestellten unterschiedlichen Nutzungsarten sind grundsätzlich zulässig, wenn die Abweichung räumlich nicht wesentlich ist. Die von den Darstellungen abweichenden Festsetzungen sind daher aus planungsrechtlicher Sicht als geringfügig einzustufen, so dass vom Umfang und von der Art der Nutzung den Bestimmungen des BauGB nach dem Entwickeln des Bebauungsplanes aus dem Flächennutzungsplan Rechnung getragen wird.

7. Angaben zum Bestand

Bei dem Plangebiet handelt es sich im nordöstlichen Teil um überwiegend gewerblich geprägte Grundstücke; im südöstlichen Teil befindet sich Wohnbebauung. Beide Bereiche sind durch eine öffentliche Grünzone getrennt.

Die Erschließung erfolgt für den gewerblich genutzten Teil von Norden her über die Ströherstraße, für die Wohnbebauung von Süden her über den Klaus-Groth-Weg. Beide Straßen sind über einen Fußweg miteinander verbunden.

Auf der gewerblichen Fläche im nordwestlichen Teil des Plangebietes (ehem. Furtex-Gelände) wurden Bodenverunreinigungen durch Altlasten festgestellt, die zum Teil schon saniert wurden. Für einen Restbereich ist die Sanierung noch nicht abgeschlossen. Die Flächen sind im Bebauungsplan gekennzeichnet.

8. Anlass und Ziel der Planung

Der Bebauungsplan Nr. 19 ist seit dem 11.07.1974 rechtsverbindlich und setzt den größten Teil des bebauten Plangebietes als „Gewerbegebiet“ (GE) gem. § 8 BauNVO i.d.F. von 1968 fest.

...

In den Jahrzehnten seit Inkrafttreten des Bebauungsplanes hat sich der Charakter des Plangebietes – insbesondere der als „Gewerbegebiet“ festgesetzten Bereiche – langsam aber stetig verändert. In Teilen des Plangebietes nahm die Anzahl der gewerblichen Nutzung ab; gleichzeitig verfestigten sich dort Wohnnutzungen, so dass der Gebietscharakter dort mittlerweile eher einem Mischgebiet gem. § 6 BauNVO entspricht.

Aus der sukzessiven Änderung des Gebietscharakters ist nunmehr das Erfordernis entstanden, den Bebauungsplan zu überarbeiten und die baulichen Nutzungen innerhalb des Plangebietes neu zu ordnen. Dabei sollen u. a. die zwischenzeitlich vorhandenen Mischgebietenutzungen planungsrechtlich gesichert und zum Teil erweitert werden.

Dies bezieht sich insbesondere auf die Fläche des ehem. Furtex-Geländes im nordöstlichen Teil des Plangebietes. Hier soll durch die Änderung der Gebietsausweisung einer Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel, wie er in Gewerbegebieten alter Art grundsätzlich zulässig wäre, vorgebeugt werden. Die Stadt Celle hat es sich zum Ziel gesetzt, zum Schutz der Innenstadt die Ansiedlung von Einkaufseinrichtungen bestimmter Größenordnungen außerhalb der Kernstadt so steuern zu können, dass negative Auswirkungen vermieden werden. Einzelhandelseinrichtungen in der Größenordnung „Nahversorger“ sind davon nicht betroffen.

Darüberhinaus ist vorgesehen, in Teilen des Plangebietes den gewerblichen Charakter zu erhalten und diesen der vorhandenen Struktur der hier ansässigen Klein- und Mittelbetriebe entsprechend zu entwickeln. Dabei soll für diese Bereiche eine Reglementierung der in Gewerbegebieten gem. § 8 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen erfolgen.

9. Eingriff in Natur und Landschaft

Auf eine Prüfung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung gem. § 1a Abs. 2 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB) kann für die Änderung (Neufassung) des Bebauungsplanes verzichtet werden, da durch die geplanten Ausweisungen keine Eingriffe in Natur und Landschaft vorbereitet werden.

Die betreffenden Flächen sind bereits alle bebaut und der Ausnutzungsgrad der Grundstücke wird gegenüber den Festsetzungen im rechtsverbindlichen Bebauungsplan nicht erhöht, sondern zum Teil sogar etwas reduziert.

10. Planinhalt

Für den südwestlichen Planbereich am Klaus-Groth-Weg wird die im rechtsverbindlichen Bebauungsplan festgesetzte Gebietsausweisung „Allgemeines Wohngebiet“ (WA) beibehalten.

Die überbaubaren Flächen sowie die Ausnutzung werden der vorhandenen Bebauung angepasst. Für die in offener Bauweise bebauten Grundstücke und die Endhausgrundstücke im Bereich der Hausgruppen wird die Grundflächenzahl (GRZ) auf 0,3 festgesetzt, für die Mittelhausgrundstücke und das Quartier mit geschlossener Bauweise wird die GRZ auf das gem. § 17 BauNVO höchstzulässige Maß von 0,4 festgesetzt. Damit ist sichergestellt, dass insbesondere für die Reihenhausbebauung die Erweiterungsmöglichkeiten sowohl für die Mittel- als auch für die Endhausgrundstücke gleich sind.

Die öffentliche Grünfläche wird – wie im rechtsverbindlichen Plan ausgewiesen – als Parkanlage und Spielplatz beibehalten.

Größere Änderungen gegenüber dem rechtsverbindlichen Plan hinsichtlich der Art der Nutzung sind im nordöstlichen Plangebiet vorgesehen.

Die für diesen Bereich – mit Ausnahme der Grundstücke im Einmündungsbereich Ströherstraße/Garßener Weg - festgesetzte Ausweisung „Gewerbegebiet“ (GE) wird entsprechend der inzwischen eingetretenen Entwicklung modifiziert.

Westlich der Ströherstraße wird die Ausweisung „Gewerbegebiet“ (GE) nur für die Grundstücke Nr. 2 und 4 und für den Bereich beidseitig des nach Südosten abknickenden Straßenabschnitts übernommen.

Durch entsprechende textliche Festsetzungen wird die Zulässigkeit auf nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe beschränkt. Dadurch soll die hier entstandene kleinteilige Struktur von Gewerbe- und Handwerksbetrieben mit dazugehörigem Wohnen gestärkt und entwickelt werden. Ausnahmsweise sind hier auch andere als nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe zulässig, wenn die für diesen Bereich festgesetzten flächenbezogenen Schallleistungspegel nicht überschritten werden.

Eine solche Beschränkung auf bestimmte Betriebsarten ist im Hinblick auf ein verträgliches Nebeneinander von Gewerbe- und Wohnnutzung, wie sie in der näheren Umgebung vorhanden ist, städtebaulich sinnvoll und auch zulässig, da im Stadtgebiet insgesamt ausreichend Gewerbeflächen ohne Einschränkungen der Betriebsarten vorhanden sind.

Die Erhaltung und Entwicklung dieser Struktur soll durch weitere Regelungen in Bezug auf die Gebietsart unterstützt werden. Aus diesem Grund werden in den GE-Gebieten gem. § 1 Abs. 5 BauNVO Einzelhandelsbetriebe ausgeschlossen. Des weiteren sollen die gem. § 8 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO nur ausnahmsweise zulässigen Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter allgemein zulässig sein. Die weiteren ausnahmsweise zulässigen Nutzungen (Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke sowie Vergnügungsstätten) werden ausgeschlossen. Entsprechende textliche Festsetzungen werden in den Bebauungsplan aufgenommen.

Die Grundstücke Ströherstraße 6 und 8 sowie die Grundstücke am Garßener Weg – mit Ausnahme der Hausgruppe Nr. 5 bis 11 und des Grundstücks für die Feuerwehr – werden als „Mischgebiet“ (MI) ausgewiesen. Hier ist die gewerbliche Nutzung entweder vollkommen aufgegeben worden (ehem. Furtex-Gelände) oder erheblich reduziert und die Wohnnutzung intensiviert worden. Dieser Entwicklung soll durch die entsprechende Gebietsausweisung Rechnung getragen werden.

Die überbaubare Fläche wird im westlichen „Mischgebiet“ gegenüber dem rechtsverbindlichen Plan nicht verändert; für das östliche „Mischgebiet“ (ehem. Furtex-Gelände) wird die Baugrenze nach Westen bis auf 10,0 m an die westliche Grundstücksgrenze hin erweitert, im Süden dafür bis auf die südliche Gebäudekante des Nebengebäudes zurückgenommen, da in der südlichen Dreiecksfläche größere Bäume und sonstiger Bewuchs vorhanden ist, der eine gewisse Abschirmungsfunktion gegenüber dem angrenzenden Gewerbegebiet erfüllt und daher erhalten werden soll. Ähnliches gilt auch für den westlichen 10,0 m–Streifen. Aus diesem Grund wird hier für die nichtüberbaubaren Flächen – ausgenommen der Steifen entlang des Garßener Weges – die Errichtung von Stellplätzen und Garagen sowie Nebenanlagen ausgeschlossen.

Zur Verringerung des Versiegelungsgrades der Grundstücke im Sinne eines nachhaltigen Umgangs mit Grund und Boden wird das Maß der baulichen Nutzung für die Mischgebiete auf eine GRZ von 0,6 festgesetzt. Eine Überschreitung durch die Flächen von Stellplätzen und Garagen mit ihren Zufahrten, Nebenanlagen i. S. des § 14 BauNVO und bauliche Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird, wird gem. § 19 Abs. 4 Satz 3 ausgeschlossen.

Für die Gewerbegebiete wird die höchstzulässige GRZ auf 0,8 festgesetzt; Überschreitungen für die o.g. Anlagen sind auch hier nicht zulässig.

11. Altlasten

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt das ehemalige Betriebsgelände der Firma Furtex. Auf diesem Gelände wurde im Zeitraum von 1963 bis 1991 eine Pelzveredelung und eine Chemische Reinigung betrieben, wobei leicht flüchtige chlorierte Kohlenwasserstoffe (LCKW) verwendet wurden. Durch Leckagen und Betriebsunfälle kam es zu einem Einsickern der LCKW's in den Boden und zu einer Verunreinigung des Grundwassers im oberen Grundwasserstockwerk.

Seit Beginn des Jahres 1994 läuft eine Sanierung der Bodenluft, die im Jahre 1995 auf das oberflächennahe Grundwasser ausgedehnt wurde.

Auf dem Gelände befinden sich zwei Schadensherde, einer südlich der größten Halle, der zweite im westlichen Teil des Grundstücks, die durch Symbole im Bebauungsplan gekennzeichnet sind. Für den südlichen Bereich ist die Sanierung abgeschlossen. Da jedoch nicht ausgeschlossen werden kann, dass sich im Bereich der bestehenden Hallen noch Kontaminationsbereiche befinden, die bislang nicht ermittelt werden konnten, sollte ein Abriss der Hallen und damit einhergehende Bodenbewegungen nur unter gutachterlicher Begleitung erfolgen, um so möglicherweise kontaminierte Bereiche sofort erfassen und separieren zu können. Ein entsprechender Hinweis wird in den Bebauungsplan aufgenommen.

Im westlichen Bereich, speziell im Außenbereich, ist die Sanierungsmaßnahme noch nicht abgeschlossen. Dieser Bereich kann erst nach Abschluss der Sanierung und Freigabe der Fläche durch die Untere Bodenschutzbehörde entsprechend der Festsetzungen des Bebauungsplanes genutzt werden. Dies ist durch entsprechende Bedingungen im jeweiligen Baugenehmigungsverfahren sicherzustellen.

trotz der Sanierungsmaßnahmen ist jedoch noch mit geringfügigen Restbelastungen des Grundwassers zu rechnen, die an sich keine Gesundheitsgefährdung darstellen, jedoch die Nutzung einschränken. Bedingt durch jahreszeitliche Grundwasserschwankungen sind geringfügige Veränderungen der Restkontaminationen möglich. Da sich eine Grundwasserfließrichtung auf dem ehemaligen Furtex-Gelände nach Nordwesten ergibt, ist auch für die westlich liegenden Grundstücke Garßener Weg 5 – 11, 13 und 15 eine Grundwasserbeeinträchtigung gegeben. Für diese Grundstücke ist das Errichten von Brunnen und eine Grundwassernutzung als Trink- oder Brauchwasser unzulässig. Der betroffene Bereich ist im Bebauungsplan gekennzeichnet. Eine Nutzungseinschränkung für weitere Grundstücke wird aus Sicht der Unteren Bodenschutzbehörde nach dem derzeitigen Kenntnisstand nicht für erforderlich gehalten.

Bei Berücksichtigung der ausgeführten Einschränkungen ist daher eine Nutzung des Geländes entsprechend den Festsetzungen des Bebauungsplanes möglich.

12. Erschließung

Die Grundstücke im Plangebiet sind durch die vorhandenen und ausgebauten Straßen ausreichend erschlossen. Weitere Erschließungsmaßnahmen sind nicht erforderlich.

Die Versorgung des Gebietes mit Wasser, Gas und Strom erfolgt über das bereits vorhandene Netz der jeweiligen Versorgungsträger.

Die Löschwasserkapazität beträgt 800 l/Min.

Die Entsorgung des Abwassers erfolgt über die zentralen Abwasserkanäle in den Straßen „Klaus-Groth-Weg“ und „Ströherstraße“ über das Kanalnetz zum Klärwerk.

Das auf den öffentlichen Verkehrsflächen anfallende Regenwasser wird über das vorhandene Regenwasserkanalnetz in die Vorfluter abgeleitet.

Das auf den privaten Grundstücken anfallende Regenwasser ist dort durch Sammlung und Versickerung zu beseitigen. Entsprechende Flächen sind bei der Bebauung mit zu berücksichtigen. Bei Verschmutzungen sind entsprechende Vorbehandlungsanlagen vorzusehen. Für die Einleitung ins Grundwasser ist eine entsprechende Erlaubnis der Unteren Wasserbehörde einzuholen.

13. Städtebauliche Werte

| | | |
|--|-----|----------------|
| Größe des Plangebietes = Bruttobauland | ca. | 13,68 ha |
| Öffentliche Verkehrsfläche | ca. | 1,30 ha |
| Öffentliche Grünflächen | ca. | <u>3,30 ha</u> |
| Nettobaufläche | ca. | 9,08 ha |

...

| | | |
|------------------------|-----|---------|
| Davon: Gewerbegebiete | ca. | 3,02 ha |
| Mischgebiete | ca. | 3,62 ha |
| Allgemeine Wohngebiete | ca. | 2,44 ha |

14. Hinweise

1. Die Anlage von Hausbrunnen und eine Grundwassernutzung gem. § 169 Niedersächsisches Wassergesetz (NWG) für die nachfolgend aufgezählten Flurstücke ist untersagt:

Gemarkung Celle, Flur 127, Flurstücke 36/204, 36/206, 36/210, 36/212, 36/215, sowie 36/154 bis 36/156
2. Für den besonders gekennzeichneten Bereich 1 wurden bereits Bodensanierungsmaßnahmen durchgeführt. Der Abriss von Gebäuden und damit einhergehende Bodenbewegungen in diesem Bereich könnten nur unter gutachterlicher Begleitung in Absprache mit der Unteren Bodenschutzbehörde erfolgen, um mögliche weitere Kontaminationsbereiche sofort erfassen und separieren zu können.
3. In dem besonders gekennzeichneten Bereich 2 werden noch Sanierungsmaßnahmen eines Boden- und Grundwasserschadens durchgeführt. Diese Bereiche dürfen erst nach Abschluss der Sanierung und Freigabe durch die Untere Bodenschutzbehörde entsprechend den Festsetzungen des Bebauungsplanes genutzt werden. Eine entsprechende Bedingung ist in die zu erteilenden Baugenehmigungen aufzunehmen.
4. Das Plangebiet liegt in der Schutzzone III A der Wassergewinnungsanlage Garßen. Hier bestehen erhöhte Anforderungen an den Grundwasserschutz. Die geltende Wasserschutzgebietsverordnung des Wasserwerkes Garßen findet Anwendung.
5. Mit Rechtsverbindlichkeit der 1. Änderung (Neufassung) tritt der Bebauungsplan Nr. 19 der Stadt Celle „Gewerbegebiet Vorwerk/Nord“ außer Kraft.

Aufgestellt:
Celle, im September 2002

Amt für Stadtplanung, Geodaten
und Bauaufsicht
-Abt. Stadtplanung-



(Brandt)
Techn. Angestellte